

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

170 (25.7.1922)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 30 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 30 M; in der Geschäftsstelle und bei unsern Karlsruhern Abgaben abgeholt 27 M monatlich. Einzelnummern 1,50 M.

Ausgabe: Donnerstags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelleise 3.40 M, auswärts 4.— M. Die Reklamezeile 15.— M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

An die Arbeiter der Welt!

Die Exekutivkomitees der Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdam), der Zweiten Internationalen (London) und die Internationale Arbeiterschaft Sozialistischer Parteien (Wien) sind zum erstenmal zu gemeinsamer Beratung zusammengetreten.

Nach Prüfung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage Europas und ganz besonders Deutschlands erinnern die Exekutiven an das am 8. Juli 1922 in Berlin beschlossene Manifest des Internationalen Gewerkschaftsbundes und weisen die Arbeiter und die Demokratien der ganzen Welt auf die Gefahren hin, die die Existenz der deutschen Republik, das wichtigste Element des Friedens und der Wiederherstellung Europas, bedrohen. Sie beglückwünschen die deutschen Arbeiter zu ihren gewollten und einmütigen Kraftanstrengungen, in denen sie sich erhoben haben, um ihre Freiheit zu verteidigen und die Reaktion niederzuwerfen. Sie hoffen, daß es der deutschen Demokratie gelingen werde, den den Frieden der Welt bedrohenden monarchistischen und militaristischen Treiben ein Ende zu bereiten. Gleichzeitig geben sie dem Vorkommen in den Kreisen des demokratischen Deutschlands Ausdruck, den Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete zu sichern.

Ein isoliertes Deutschland ist jedoch zur Dauer nicht verurteilt. Sein Glanz hängt von der Arbeit der anderen Nationen in beträchtlichem Maße ab. Die Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiter aller anderen Länder zur Folge.

Der Ruin Deutschlands bedeutet den wirtschaftlichen Zusammenbruch Europas.

Es liegt deshalb im Interesse des Weltproletariats, die deutsche Republik zu erneuern und ihr bestmögliche internationale Reparationsverpflichtungen nur erfüllen, wenn internationale Rechte die Genesung seiner Wirtschaft ermöglichen. Die Politik der Genesung in die Arme, die in den Bankrott und die Wirtschaftskrisen, die die Reparationen zu schwer, die militaristische Okkupation erdrückend für Deutschland, ohne Vorteil für die Erfüllung der Reparationen. Die Politik der Gewalt macht sich in keiner Weise bezahlt und gibt nur Anlaß zu neuen Kriegen. Sie begünstigt die deutsche Reaktion, vernichtet die Republik, fördert das wirtschaftliche Chaos und treibt die Massen zu verwerflichem Handeln.

Gemäß den Prinzipien und den Beschlüssen der gewerkschaftlichen und sozialistischen Konferenzen zu Amsterdam und Frankfurt a. M. muß die deutsche Schuldensituation vermindert werden. Um dies zu erreichen, müssen die internationalen Schulden vermindert werden. Um dies zu erreichen, müssen die internationalen Schulden reduziert werden. Nur auf diesem Wege erscheint die Durchführung einer großen internationalen Anleihe für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas möglich. Um diesen Zweck zu erreichen, wenden sich die drei Exekutiven an

die öffentliche Meinung aller Länder und insbesondere Amerikas. Das Eingreifen der Vereinigten Staaten in den Krieg war von entscheidender Bedeutung. Die Konferenz erwartet deshalb von ihnen, daß sie zur Wiederherstellung des Weltfriedens mitwirken, um dadurch die zerrüttete Wirtschaft Europas, die heute die einen mit der Peinliche der Arbeitslosigkeit schlägt, die anderen mit Hunger und Epidemien bedroht, wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

Mit dem System der militaristischen Okkupationen muß gebrochen werden. Vor allem sind die militaristischen und wirtschaftlichen Sanktionen von 1921, die völlig gegenstandslos geworden sind, unverzüglich aufzuheben. Durch die Aufnahme Deutschlands als gleichberechtigtes Mitglied in den Völkerverbund gibt es die Garantie, daß es sich den internationalen Rechtsentscheidungen unterstellt.

Unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker verurteilen die Exekutiven nachdrücklich alle Kontrastmaßnahmen, die die Souveränität der deutschen Republik bedrohen, sie des Rechts berauben, ihre inneren ökonomischen und sozialen Angelegenheiten in voller Freiheit zu ordnen.

Arbeiter aller Länder!

Der ökonomische Wiederaufbau und der Weltfrieden erheischen, daß Sie mit all Ihrer Kraft gegen die Reaktion und für die allgemeine Abrüstung kämpfen. Angesichts seines finanziellen Zusammenbruchs muß Deutschland, während es seinerseits wirtschaftliche Maßnahmen zur Entlastung der Steuern und zur Verhinderung der allgemeinen Interessen schädlichen Kapitalflucht ergreift, als unmittelbare Aktion das verlangte Moratorium gewährt werden, bis durch eine unparteiische Untersuchung seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit festgestellt ist oder Vorbereitungen getroffen werden für den Abschluß einer internationalen Anleihe.

Die Konferenz richtet an Euch die dringende Aufforderung, für diese Ideen und ihre Verwirklichung mit allen Mitteln durch Eure Organisationen, Eure Presse, durch Demonstrationen und durch Eure Vertreter in den Parlamenten eine unermüdete, unausgesetzte Propaganda zu entfalten.

Auf! Für die deutsche Republik! — Für den Wiederaufbau Europas! — Für den Frieden der Welt!

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes: J. D. Thomas, L. Jouhaux, Th. Leipart, G. Martens, Geo. Timmer, Jan. Dubegaß.

Das Exekutivkomitee der Zweiten Internationale: Tom Shaw, Otto Wels, J. Wauters, S. de Man, P. Z. Trautz, F. M. Wibaut, A. Vilgen.

Das Exekutivkomitee der Internationalen Arbeiterschaft sozialistischer Parteien: Jean Longuet, Brade, R. G. Wallberg, A. Crispian, Grumm, Paul Gruber, Karl Germal, S. Caplanst, Friedrich Adler.

Die Neugestaltung der Einkommensteuer

Von G. Rahmann, Dr. h. c. h.

S.A.K. Auf Grund der in den letzten Monaten eingetretene Geldentwertung mußte der Reichstag Veranlassung nehmen, das Einkommensteuergesetz wesentlich abzuändern. Sollte der Zweck des im Jahre 1920 geschaffenen Lohnsteuergesetzes auch jetzt noch erreicht werden, dann mußte die Grenze der Einkommen, bis zu der 10 Prozent von Gehältern und Löhnen in Abzug gebracht werden und die zuletzt 50 000 M betrug, wesentlich hinaufgesetzt werden. Der Reichstag hat deshalb diese Grenze auf 100 000 M erhöht. Dadurch wird das Gros der Beamten, Angestellten und Arbeiter nicht zur Selbsterveranlagung kommen und werden die Finanzämter, die ohnehin mit Arbeit stark überlastet sind, davor bewahrt, ungefähr 15 Millionen Steuerdeklarationen mehr als künftighin zu bearbeiten.

Durch die vorgenommene Abänderung ergibt sich sowohl für die unteren wie auch die mittleren Einkommen eine sehr erhebliche Entlastung.

Bisher betrug die Einkommensteuer:

10 % für die ersten 50 000 M	10 % für die ersten 100 000 M
15 % " " " " " "	15 % " " " " " "
20 % " " " " " "	20 % " " " " " "
25 % " " " " " "	25 % " " " " " "
30 % " " " " " "	30 % " " " " " "
35 % " " " " " "	35 % " " " " " "
40 % " " " " " "	40 % " " " " " "
45 % " " " " " "	45 % " " " " " "
50 % " " " " " "	50 % " " " " " "
55 % " " " " " "	55 % " " " " " "

für die weiteren Beträge 60 vom Hundert

Während also nach dem alten Gesetz die Grenze, bei der die 60prozentige Einkommensteuer einsetzt, bei 2 Millionen lag, ist sie in dem neuen Gesetz auf 3 Millionen erhöht. Wie stark die Entlastung ist, geht daraus hervor, daß bisher von einem Jahreseinkommen von 100 000 M, ohne die gesetzlichen Abzüge, 15 500 M zu zahlen waren, während jetzt nur noch 10 000 M zu entrichten sind. Eine Arbeiterfamilie, oder Arbeiterfamilie, die drei Kinder hat und ein Jahreseinkommen von 100 000 M erzielt, konnte nach dem alten Gesetz 21 000 M vom Einkommen in Abzug bringen und mußte immerhin noch 10 300 M Steuern entrichten. Nach dem neuen Gesetz können 49 000 M in Abzug gebracht werden und die Steuer beträgt nur 5080 M.

alte Gesetz:	neues Gesetz:
Berufungskosten . . . 5400 M	10 800 M
Für den Mann . . . 2400 "	4 800 "
Für die Ehefrau . . . 2400 "	4 800 "
Für jedes Kind . . . 3600 "	9 600 "

Auf den Monat berechnet betragen die Abzüge von der Steuer:

alte Gesetz:	neues Gesetz:
Berufungskosten . . . 45 M	90 M
Für den Mann . . . 20 "	40 "
Für die Ehefrau . . . 20 "	40 "
Für jedes Kind . . . 30 "	60 "

Für eine Familie mit einem Kind konnten somit bisher monatlich 115 M von der Steuer in Abzug gebracht werden, während es jetzt 250 M sind. Der Abzug erhöht sich bei zwei Kindern auf 330 M, bei drei auf 410 M, bei vier auf 490 M, bei fünf auf 570 M, bei sechs auf 650 M usw., während die Abzüge nach dem alten Gesetz bei sechs Kindern monatlich nur 265 M betragen.

Wochenweise berechnet betragen die Abzüge:

alte Gesetz:	neues Gesetz:
Berufungskosten . . . 10 80 M	21 60 M
Für den Mann . . . 4 80 "	9 60 "
Für die Ehefrau . . . 4 80 "	9 60 "
Für jedes Kind . . . 7 20 "	19 20 "

Somit hat der Arbeiter, der einen Wochenverdienst von 1200 M erzielt, wenn er ledig ist, 88,80 M an Steuern zu entrichten, ist er verheiratet und kinderlos 79,20 M, ist er verheiratet und hat ein Kind, zahlt er 60 M Steuern, mit vier Kindern hat er nur noch 2,40 M wöchentlich an Steuern zu entrichten.

Von den Veranlagungspflichtigen konnten bisher 3000 M, die für Lebensversicherungen ausgegeben wurden vom Einkommen in Abzug gebracht werden. Diese Summe ist auf 8000 M erhöht und außerdem hat im Gesetz eine Bestimmung Aufnahme gefunden, wonach Sparanlagen bis zu einem Betrage von 8000 M jährlich, sofern die Rückzahlung des Kapitals nur für den Todesfall oder für den Fall des Erlebens innerhalb einer Zeit von nicht weniger als 20 Jahren vereinbart ist und die Vereinbarung unter Verzicht beider Vertragsteile auch eine Abänderung

Der Hochverrat der bayerischen Regierung gegen das Reich

Die bayerische Regierung übt Hochverrat am Deutschen Reich. Unter dem Druck der monarchistischen Staatsstreicher, dem zu widerstehen sie zu jämmerlich ist, Auswärtigen wird gemeldet:

WTB. München, 24. Juli. Das bayerische Staatsministerium hat eine Verordnung zum Schutze der Verfassung der Republik erlassen, in der es heißt:

Der Deutsche Reichstag hat am 18. Juli 1922 ein Gesetz zum Schutze der Republik erlassen. Die Art des Gesetzes und die Art seines Zustandekommens entgegen dem wohl begründeten Einspruch der bayerischen Staatsregierung haben in Bayern eine berartige Erregung hervorgerufen, daß wenigstens im Gebiete des rechtsrheinischen Bayerns unmittelbar mit einer erheblichen Störung und Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu rechnen ist, wenn das Gesetz ohne jeden Vorbehalt vollzogen wird. Aus diesem Grunde sieht sich das bayerische Staatsministerium veranlaßt, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung eine besondere Anordnung zu treffen. Die Anordnung erkennt den materiellen Rechtsinhalt des Gesetzes zum Schutze der Republik an, setzt jedoch als Vollzugsbehörde an Stelle der Reichsregierung das bayerische Staatsministerium und an Stelle des durch das Reich geschaffenen Reichsgerichtshofes die bayerischen Volksgerichte.

Zwischenhandlungen gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik sollen von den bayerischen Gerichten abgeurteilt werden, soweit nicht die Anklage beim Staatsgerichtshof bereits erhoben ist. Die Anordnung bestimmt ferner, daß nichtbayerischen Polizeibehörden innerhalb des rechtsrheinischen Bayerns die selbständige Vornahme von Amtshandlungen verboten ist. Die bayerische Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung des Reichsgesetzes zum Schutze der Republik in Kraft.

Bayern lehnt sich also ganz offen gegen das Reich und die Reichsgesetze auf. Dieser Weigerung, Reichsgesetze anzuerkennen

und durchzuführen, werden weitere folgen, um das Reich zu sprengen. Die bayerische Regierung, die in dieser ersten Situation die Parteien führen wollte, hat die Führung aus der Hand gegeben. Den verantwortlichen Führern der Bayerischen Volkspartei sind die Fingel ebenfalls entglitten. Man sucht und findet keinen rechten Ausweg aus der schwierigen Lage, in die man sich selbst hineinmanövriert hat. Und doch wäre die Lösung höchst einfach, wenn man sich einmal dazu entschließen wollte, den geraden Weg zu gehen und ehrlich einzugehen, daß man sich um eines agitatorischen Bedürfnisses willen zu maßlosen Forderungen hat hinreichend lassen und nun den Rückweg durch die Geister, die eine wahrhaftige Agitation gerufen hat, versperrt glaubt. Den so geschürzten Knoten entschlossen zu durchschneiden, dazu fehlt aber der Mut. Nicht mehr Geheimrat Sedl, sondern der in Preußen heimische Vab der Landwirte bestimmen die Politik in Bayern. Bayerische Eigenart!

Unter diesem Druck hat die Bayerische Volkspartei der Regierung „unverbindliche Vorschläge“ unterbreitet. Die Regierung hat in ihrer Verlegenheit diese Vorschläge trotz ihrer Unverbindlichkeit „vorläufig“ angenommen. Mit anderen Worten: Der Kern der Reichsgesetze ist in einer bayerischen Verordnung, wie sie Artikel 48 der Reichsverfassung vorsieht, mit einigen Erweiterungen in Bezug auf das Vereins- und Versammlungsgesetz von Bayern übernommen und die Reichspräsident einem bayerischen Gerichtshof überwiefen worden. Soll das eine Lösung sein? Man braucht nur zu denken: Preußen, Sachsen, Württemberg, Baden würden ähnlich verfahren wollen wie Bayern, dann ist diese Frage beantwortet. Ein derartiges Verfahren kommt einer Sprengung des Reiches gleich.

Die bayerische Regierung will nun die Verantwortung für die reichsgefährdenden Taten der Reichsleitung aufheben. Ihre Hoffnung muß zusammenbrechen werden an den klaren Bestimmungen der Reichsverfassung.

über Aufhebung dem zuständigen Finanzamt angezeigt wird, vom Einkommen ebenfalls in Abzug gebracht werden können.

Hat also jemand ein Jahreseinkommen von 120 000 M und er zahlt davon für sich, seine Frau und ein Kind je 8000 M in eine öffentliche Sparkasse oder in die einer Genossenschaft nach den vereinbarten Bestimmungen ein, so sind nur 96 000 M Einkommen steuerpflichtig. Es dürfte zweckmäßig sein, daß insbesondere die Genossenschaften, die ja großen Kapitalbedarf haben, auf diese Bestimmung großen Wert legen.

Eine Neuerung bringt das Gesetz auch insofern, als Steuerpflichtige, die über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig sind und deren Einkommen den Betrag von 50 000 M nicht übersteigt, neben den sonstigen Abzügen weitere 2000 M von der Steuer in Abzug bringen können. Diese Bestimmung ist auf unsere Anregung hin in Uebereinstimmung aller Parteien aufgenommen worden, um alte Rentner und Pensionäre, die häufig nur ein Einkommen von einigen tausend Mark haben, von der Veranlagung und der Steuerzahlung vollkommen zu entbinden.

Uebersteigen die jährlichen Werbungsstellen den Betrag von 12 000 M, hat auf Antrag die Rückerstattung der zuviel gezahlten Steuern zu erfolgen.

Die Deutschnationalen beantragten in der Sitzung des Reichstags, obwohl sie im Anschluß nichts davon verlauten ließen, eine weitere Entlastung der Kinderreichen, indem die Abzüge für Kinder, wenn mehr als zwei Kinder vorhanden sind, sich um 20 vom Hundert erhöhen sollten.

Der finanzielle Effekt wäre, daß eine Familie, wenn sie drei Kinder hat, wöchentlich 3,80 M an Steuern weniger zu zahlen hätte. Der Antrag ist von allen Parteien gegen die Deutschnationalen abgelehnt, weil durch ihn nur die Arbeiten der Behörden und auch der Unternehmer ungemein vermehrt worden wären.

Bemerkenswert war, daß in der Sitzung des Reichstags der sozialdemokratische Finanzminister Sartmann von Thüringen das Wort nahm, um im Auftrag seiner Regierung zu erklären, daß in Rücksicht auf die ungünstige Finanzlage der Länder und Gemeinden ein Abbau der Einkommensteuer in dem Maße wie das durch das neue Gesetz geschieht, unerträglich ist. Diese Versicherung muß auch den sozialistischen Parteien Veranlassung geben, in Zukunft auf den notwendigen Bedarf der Länder und Gemeinden noch mehr Rücksicht zu nehmen als das bisher geschah.

Das Gesetz tritt mit dem 1. August d. J. in Kraft.

Beschlagnahme der Süddeutschen Zeitung

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: „Die Morgenausgabe der „Süddeutschen Zeitung“ vom 21. Juli wurde gerichtlich beschlagnahmt, weil sie einen den Reichsanwalt beschimpfenden Artikel enthielt, der auch anderenorts zu Beanstandungen Anlaß gegeben hatte. Das (württembergische) Ministerium des Innern hat der „Südd. Zeitung“ außerdem eine Verwarnung erteilt und bei wiederholter Uebertretung des Schutzgesetzes das Verbot der Zeitung angedroht. Wegen Veröffentlichung des beschlagnahmten Artikels wird ein Strafverfahren eingeleitet werden.“

Die Redaktion des Blattes bemerkt, daß es sich um den Nachdruck eines Artikels begin, eines Briefes des Herausgebers der „Einigkeitlichen freien Presse“ Fred. W. E. von an die Schriftleitung des „Genossen“ handelt, welche Zeitschrift insofern dieserhalb verboten wurde. Sachlich glaubt die Redaktion der „Südd. Zeitung“ zu dem Verbot bemerken zu müssen, daß sie in der Veröffentlichung nichts anderes erwidern könne, als die Wiedergabe einer unrichtigen Darstellung der Verhältnisse, die in der deutschen Presse nicht mehr in der Lage sein wird, den deutschen Lesern über die Beurteilung Deutschlands im Ausland ein nach allen Seiten hin erschöpfendes objektives Bild zu geben.

Dem ist aber nicht so. Wir haben besagten Artikel auch gelesen. Er enthält eine ausgeführte freche Anrede des Reichsanwalts, die zwar zu den feilheitsvollen Behauptungen der Deutschnationalen gegen Dr. Birck durchaus paßt, der aber nichts weniger als ein erschöpfendes objektives Bild der deutschen inneren Verhältnisse gibt. Es bleibt gar nichts anderes übrig, als so wie geschähen zu verfahren.

Hinter Pflug und Schraubstock

Skizzen aus dem Taschenbuch eines Ingenieurs
20 Von Max Eyth
(Fortsetzung)

6. Blutz und Eisen

In der Müllerei

Und ein Ingenieur hat das Recht, manchmal — etwa einmal in der Woche — Recht zu sein; zum mindesten in der Müllerei des Berges, auf dem ich seit dreitausend Jahren für männiglich ein heiliges Gesetz war. Mit dem Ingenieur, der uns in der frühesten Arbeit haben kann, wenn sie zu viel wird, hatte ich diese Betrachtung angestellt, bestieg meinen Esel und zitt nach Skiro.

Am unteren Ende der Müllerei, vor dem ersten Eckhaus links, bis tief ins wogende Gebirgsland das Auge Tieren, das die fünf Kilometer lange Schlammrinne von Schürda in trippelndem Eifer zurückgelegt hatte, vor selbst stehen, so den Schwanz ein, in Erwartung eines Hiebes und weiterer Anweisung, drehte den Kopf, um zu sehen, ob Mastapha, der Feldjunge, Klee mitgebracht hatte, nicht befriedigt und ließ mich absteigen.

In jenem Eckhaus, zu ebener Erde, befand sich ums Jahr 1864 eine kleine Kneipe: eine Dasei in den Wäldern des Morgenlandes. Der Wirt war ein Deutscher aus San Francisco, den ein glühendes Schicksal bis hierher verschlagen hatte. Eine seltene Verbindung von amerikanischem Unternehmungsgeist und deutschem Gemütsleben hatte ihm den Gedanken eingegeben, allwöchentlich mit dem Fischer Floßboot ein Häßchen bayerisch Bier kommen zu lassen, das seit drei Monaten regelmäßig am Freiagnachmittag in Alexandria ankam und ohne Verzug mit der Bahn nach Skiro weiterbefördert wurde. Es war dies zu jener Zeit das einzige bayerische Bier, das die Stadt des Kalifen erreichte. Rühmlich um sieben Uhr Samstag abends wurde angezapft. Schon von vier Uhr an lag vor dem Eckhaus ein Heiter von unerkennbar deutschem Gepräge vor dem Kneipier, und Blinzeln aus der grellen Straßenbeleuchtung in das tiefe Dunkel der Döle. Dort hinten lag es auf einer Schicht Eis, rund behäbig; ach, nur klein! Doch es war wenigstens da; der Forstler ritt befriedigt weiter. Er wußte, was er um sieben Uhr zu tun hatte.

Deutschnationale Nordbubenunterstützung

In der neuesten Nummer der „Zukunft“ macht Maximilian Gorden einige interessante Mitteilungen, die auf sehr enge Beziehungen zwischen den Nordbuben, die am 3. Juli das Attentat auf ihn verübten, und der Deutschnationalen Volkspartei schließen lassen. Gorden schreibt:

„Antermann, einst Couleurstudent mit weßem Stürmer, dann Oberleutnant mit Eisernen Kreuz 1. Kl., Liebling und Stützpunkt öffentlich umlaufender Mährchen, trat am Morgen nach dem dänisch-helbischen Versuch, von hinten, ohne Risiko, einem Verwunden den Schädel einzuschlagen, in das Berliner Bureau der Deutschnationalen Partei und fragte nach dem Herrn v. Dröner. „Nicht anwesend? Wer dann?“ „Graf Nord.“ Zu diesem Grafen sprach der Herr Oberleutnant: „Ich habe gestern beschlagnahmt Gorden erlitten, muß deshalb verschwinden und komme, mit Weisheit zu holen.“ Antwort: „Ich kann da nichts machen, glaube aber, daß wir Herr Dröner im Weisheitsaal finden werden; kommen Sie mit.“ Das bekundete Graf Nord; behauptet, in der Frage allein, drum aufstand zur Sicherung gewesen zu sein; die Weisheitsfälle habe Antermann getroffen und sei ausgerückt. Die drei Herren blieben auf freiem Fuß.“

Diese prägnanten Angaben bedürfen dringend der Aufklärung, und es ist zu wünschen, daß die Deutschnationale Partei unterzöglich feststellt, inwieweit die Behauptungen Gorden's zutreffend sind. Nachdem wir über die Verbindungen Gorden's Deutschnationalen und den Nordbubenorganisationen schon manches Erstaunliche gehört haben, haben wir bis zum Beweise des Gegenteils keine Veranlassung, an der Richtigkeit der Gorden'schen Darstellung zu zweifeln.

Die „Blüten der Nation“

Die sie im Kriege gehaßt und gemordet haben. — Das Urteil eines deutschen Feldgerichts

Am 27. Juli beginnt vor dem Schwurgericht in Gent ein Prozeß, der sich um die Ermordung des belgischen Grafen Abelard von Woz durch deutsche Offiziere zu beschäftigen haben wird und der schon einmal während des Kriegs vor dem deutschen Feldkriegsgericht in Brüssel verhandelt wurde. Unter Anführung der damals als Hauptmörder Freyherr v. Gagen und der Prinz von Stolberg-Wernigerode-War. Die beiden sollen im Herbst 1918 den belgischen Grafen, mit dessen Frau der ansehnliche Witte ein Verhältnis unterhalte, von seinem Schloß abgeholt haben, mit der Motivierung, der Graf habe von Württemberg, der Führer der 4. Armee, wünsche ihn zu sprechen. Der Graf folgte dieser Aufforderung. Im Walde erlachte ihm der Freyherr v. Gagen, einer von ihnen sei zu viel auf der Welt. Ein Duell müsse darüber entscheiden, wer am Leben bleiben sollte. Man gerie den Grafen aus dem Wagen, drückte ihm meine geladene, aber unbrauchbare Pistole in die Hand und knallte ihn dann in äußerster brutaler Weise nieder. Die Leiche wurde im Walde vergraben.

Im Februar 1917 kam der Fall vor das Feldgericht in Brüssel. In den Verhandlungen nahmen 32 Kriegsgerichtsräte und ein besonderer Vertreter des Kaisers teil. Das Gericht erkannte gegen Gagen auf Totschlag, während man den Prinzen zu sechs Monaten Festungshaft (!) verurteilte, die er natürlich bis heute noch nicht abgeleistet hat.

Der Verfall zeigt, mit welcher Rohheit und Brutalität die „Blüten der Nation“ im Kriege gehaßt haben. Während sich draußen im Schützengraben die Soldaten für Kaiser und Reich zusammenzuschließen mußten, hatten einige der hohen Herren dumme Weibergeschichten im Kopf und knallten ihren Ribalen, der ihnen nicht freiwillig geben wollte, was ihnen nicht gehörte, in der gemeinsten Weise nieder, um sich — an seinem Vermögen zu bereichern!

Gewerkschaftliches

Zum Müllerstreik in Eppingen schreibt man uns: Herr V. o. d. h. a. u. hat die Streikenden jetzt aufgefordert, die Arbeit bis Montag mittag wieder aufzunehmen, andernfalls sie sich als entlassene zu betrachten haben. Die Müllerei und das Geld hiezu hätte sich Herr V. o. d. h. a. u. sparen können. Der Schlichtungsausschuss wird sich mit der Entlassung des Betriebsrates zu beschäftigen haben. Die Müllereimonteur sind ebenfalls an der Westarbeit gehindert und werden wahrscheinlich gemungen sein, abzureisen. Herr V. o. d. h. a. u. wird es sich selbst auszusprechen haben, wenn ihm eines Tages die Helle die Ab hindurchkommen.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Es war leider erst halb, doch lag schon ein zwei Meter breiter Schatten vor dem Haus. Weiter, der energische Wirt, stellte zwei runde Tische auf die Straße, pflanzte vier Gartenstühle ins Volksgedräuge und lud mich ein, Platz zu nehmen. Es ist eine der unterhaltendsten Straßen des Skiros, an der Abend- und Morgenland zusammenstoßen wie ein mächtiger Strom mit der brandenden See. Heutzutage hat wohl die Sturmflut des Abendlandes den Sieg davongetragen. Damals hielten noch das echte unverfälschte Morgenland in heißen, dampfenden Wagen aus der engen Gasse. Die Musik ist eine der Dampfwerkzeugarten, die Königs- und Kaisertröge der orientalischen Weltstadt. Sohe graubraune Häuser mit spärlichen Fenstern, da und dort noch mit rotgoldenen, edel arabischen Korinthenkern geschmückt, bildeten einen düsteren Tunnel, durch dessen Dede aus zerfetzten Matten und in hohen herabhängenden Teppichen, die von Haus zu Haus gezogen waren, in weiten Zwischenräumen ein gelblichmüder Lichtstrahl in das schwüle, düstliche Dunkel herabschickte. Im Erdgeschoß der Gebäude sind Kaufhäuser, an diesen, dem westlichen Ende der Straße von Europäern gemietet und schon halb europäisch eingerichtet, doch noch immer kleine handige, heile Läden, ohne Luft und Licht. Ein englischer Schneider, ein österreichischer Sattler, ein italienischer Apotheker, ein griechischer Delikatessenhändler — und welche Delikatessen! — alle in Pantoffeln und Semdärmeln, gehen halb im Freien ihren Geschäften nach. Die Straße selbst fällt ein wimmeldes Gewirr von Gestalten, farbige trotz des bunten Dalidunkels, ein rauschender Rän, tropfen in dem süßlichen Staube sein Wagenrollen und kein Fußtritt hörbar ist. Aber alles schreit, lößt und drängt, ohne dabei die innere Seelenruhe des wahren Orientens im mindesten zu verlieren. Die Gestaltungen mit ihrem „Gemenat! Schimal!“ („Recht! Ein!“) „Aufgepaßt, ihr Blaublinder!“ Aus dem Weg ihr Hundel!“ die Wasserberäuter mit ihren schwebelnden Fingerringen auf dem Rücken, die kleinen, emigen Esel, die sich rüchschüßel durch die Menge bohren, unförmlich verdrängt Esel, tragen, vielstich die größten Schönheiten des Morgenlandes, schwarzbraune, halbnahe Bettler, von Kindern geführt, hind umherstehend, ein paar Kamel, die beidhlig über der stehenden Menge schwebend langsam die Gasse herunterkommen. Dann wußt auch auf dem elendsten und eigenartigsten der Skiro ein europäischer Gelehrter, mit blauen, knaunenden Brillengläsern unter dem ungenohnten Korbfel, mit dem Regensturm hilflos seine Eseln bearbeitend, die darauf zu bestehen, scheint, ihre kostbare Last zwischen den Beinen eines nahenden Kamels hindurchzuziehen. Jetzt verdoppel-

Badischer Landtag

Die Geheimberichte des Generalkommandos vor dem Landtag

gr. Karlsruhe, 24. Juli.
84. öffentliche Sitzung

Präsident Wittmann eröffnet bei fast besetzten Tribünen die Sitzung um 4.30 Uhr und gibt den Eingang bekannt, der u. a. einen Geheimbericht über die Abänderung des Militärgesetzes, eine Denkschrift über die Kandidatensatzung in Baden im Lichte der Staats- und der Selbstverwaltung und Mitteilungen über das Ausführungsgebot zum Wohnabgabengesetz enthält.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. Dr. Glöckner (Dem.) zu seinen neulichen Mitteilungen über die Polizei in Singen, daß der dortige Bürgermeister laut dessen Brief während der Demonstration mit der Polizei in Verbindung stand, daß er erst danach nicht zu finden war. Ich bedaure, daß meine Information in dieser Hinsicht nicht ganz vollständig war. Ebenso erklärt Abg. Dr. Glöckner hinsichtlich seiner Mitteilungen über den Gemeinderat und Redakteur Reinhold in Singen bezüglich dessen offenen Briefes an ihn, daß sich die Angaben da gegenüber stehen. Nach dem Strafverfahren gegen Reinhold auf Grund des Schutzgesetzes werde ich darauf zurückkommen. (Zwischenruf links: Ist ein solches eingeleitet?) Ja, so viel mir mitgeteilt wird. Auch bezüglich meiner übrigen Mitteilungen wird die Unterredung das Nähere ergeben. Ich habe nicht die Einwohnerschaft Singens beabsichtigt, sondern nur die in Frage kommenden Kreise.

Die Geheimnisse im Kriege

Hierzu liegt eine deutschnationale Interpellation vor, derzufolge sich nach Zeitungsberichten Finanzminister Köhler in einer öffentlichen Versammlung dahin äußerte, daß das stellvertretende Generalkommando in Karlsruhe im letzten Kriegsjahr einen Geheimbericht an das Kgl. Kriegsministerium in Berlin geschickt habe, in welchem es heißt: Die gesamte der Zentrumspartei zur Verfügung stehende Organisation (Geistliche) formieren die Stimmung des deutschen Volkes. Die Beweise dafür seien einwandfrei erbracht.

Da den Deutschnationalen als Verbredern des alten Staates diese von einem Zentrumsparteiangehörigen auch im Landtag wieder gegebene Mitteilung sehr unangenehm sein dürfte, haben sie nun in einer förmlichen Anfrage Untersuchung und Klärung des Sachverhalts verlangt mit der Begründung: Die Bekanntheit einer solchen Artkenntnis bedeutet nicht nur einen neuen Steinwurf auf den sogenannten „alten Staat“, sondern was zur Zeit viel wichtiger zu bedenken ist — eine solche Bekanntheit führt die Gefahr herauf, daß die konfessionellen Gegenstände und das konfessionelle Vertrauen verschärft und der konfessionelle Eifer erhöht wird.

Abg. Mayer-Karlsruhe (D. Natl.) begründet die förmliche Anfrage, mit Wünschen zur Eingabe des deutschen Volkes und findet es ungerade, auf das vergangene Staatswesen Steine zu werfen. Ebenso sollte das konfessionelle Vertrauen aufhören. Es scheint mir bei den Berichten nicht wahrscheinlich, daß es sich hier um einen Geheimbericht handelt. Es wurde völlig objektiv verfahren.

Staatspräsident Dr. Ommel erklärt zur Interpellation: Die Regierung ist nicht in der Lage, darüber zu berichten, da der Vorgang außerhalb ihrer Regierungstätigkeit lag. Die Beurteilung des Vorgangs liegt deshalb außerhalb der Stellungnahme der Regierung.

Es wird in die Beratung der Interpellation eingetreten. Abg. Köhler (Ztr.): Ich trage die Verantwortung für die Mitteilungen. Ich möchte ich nicht als Minister, sondern als Abgeordneter. Ich kritisierte damit nicht den „alten Staat“, sondern das „alte System“. Wenn man von Steinwürfen gegen den alten Staat spricht, so muß man das Kronprinzenbuch lesen. (Abg. Dr. Schefer (Ztr.): Sehr richtig!) Ich wünsche Ueberbrückung der Gegensätze. Man merkt aber bei den Mieber v. Grafes und Bagelles sehr wenig davon. Wenn Herr Abg. Dr. Mayer-Karlsruhe den Weg seines großen Fraktionsführers dringer gehen will, so würde es mich freuen, (Zwischenruf: Da kann man lange warten!) konfessionelle Dinge lag mit fern. Auch wollte ich keine Parteien treffen. Wer der Verfasser ist, ist mir egal. Die Veröffentlichung geschah, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen. Die Veröffentlichung und meine Partei zu werden, allen vertrauensfähig zu sein. Die Zentrumspartei genügt nicht, um für bestimmte Posten ungenügend zu sein. Im August 1914 wurde von Köhler Stelle erklärt: Ich kenne keine Parteien mehr, kenne nur noch Deutsche! Bald zeigten sich jedoch wieder Spuren der. Jurisdiction. Doch mag ich dem keine zu große Bedeutung bei. Umso größer der Eindruck, als ich die Geheimberichte las. Die Kenntnis der Geheimberichte veranlaßt ich nicht meiner Eigenschaft als Minister.

Es war leider erst halb, doch lag schon ein zwei Meter breiter Schatten vor dem Haus. Weiter, der energische Wirt, stellte zwei runde Tische auf die Straße, pflanzte vier Gartenstühle ins Volksgedräuge und lud mich ein, Platz zu nehmen. Es ist eine der unterhaltendsten Straßen des Skiros, an der Abend- und Morgenland zusammenstoßen wie ein mächtiger Strom mit der brandenden See. Heutzutage hat wohl die Sturmflut des Abendlandes den Sieg davongetragen. Damals hielten noch das echte unverfälschte Morgenland in heißen, dampfenden Wagen aus der engen Gasse. Die Musik ist eine der Dampfwerkzeugarten, die Königs- und Kaisertröge der orientalischen Weltstadt. Sohe graubraune Häuser mit spärlichen Fenstern, da und dort noch mit rotgoldenen, edel arabischen Korinthenkern geschmückt, bildeten einen düsteren Tunnel, durch dessen Dede aus zerfetzten Matten und in hohen herabhängenden Teppichen, die von Haus zu Haus gezogen waren, in weiten Zwischenräumen ein gelblichmüder Lichtstrahl in das schwüle, düstliche Dunkel herabschickte. Im Erdgeschoß der Gebäude sind Kaufhäuser, an diesen, dem westlichen Ende der Straße von Europäern gemietet und schon halb europäisch eingerichtet, doch noch immer kleine handige, heile Läden, ohne Luft und Licht. Ein englischer Schneider, ein österreichischer Sattler, ein italienischer Apotheker, ein griechischer Delikatessenhändler — und welche Delikatessen! — alle in Pantoffeln und Semdärmeln, gehen halb im Freien ihren Geschäften nach. Die Straße selbst fällt ein wimmeldes Gewirr von Gestalten, farbige trotz des bunten Dalidunkels, ein rauschender Rän, tropfen in dem süßlichen Staube sein Wagenrollen und kein Fußtritt hörbar ist. Aber alles schreit, lößt und drängt, ohne dabei die innere Seelenruhe des wahren Orientens im mindesten zu verlieren. Die Gestaltungen mit ihrem „Gemenat! Schimal!“ („Recht! Ein!“) „Aufgepaßt, ihr Blaublinder!“ Aus dem Weg ihr Hundel!“ die Wasserberäuter mit ihren schwebelnden Fingerringen auf dem Rücken, die kleinen, emigen Esel, die sich rüchschüßel durch die Menge bohren, unförmlich verdrängt Esel, tragen, vielstich die größten Schönheiten des Morgenlandes, schwarzbraune, halbnahe Bettler, von Kindern geführt, hind umherstehend, ein paar Kamel, die beidhlig über der stehenden Menge schwebend langsam die Gasse herunterkommen. Dann wußt auch auf dem elendsten und eigenartigsten der Skiro ein europäischer Gelehrter, mit blauen, knaunenden Brillengläsern unter dem ungenohnten Korbfel, mit dem Regensturm hilflos seine Eseln bearbeitend, die darauf zu bestehen, scheint, ihre kostbare Last zwischen den Beinen eines nahenden Kamels hindurchzuziehen. Jetzt verdoppel-

tes Geheiß, wider Aufbruch: eine bizarrförmliche Parimasstische, die sich im Trab durch das Gedränge Bahn bricht, von zwei bunten, im Galopp rennenden Eseln mit langen Stöcken geleitet. Säetend fuhren Menschen und Tiere übereinander, um Häbern und Stöcken auszuweichen, und schiefen sich lockend hinter dem Wagen wieder aufzuheben, wie lustig sprühendes Wasser hinter einer Dampfbarosse. Niemand beachtet den braunen Jungen, der, die Fehen des linke Beines in beiden Händen, in eine Ede häupt und sich heulend in den Staub wirft.

Galbräumend lag ich da und harrete in das mir nicht mehr ungewohnte Kalidididid. So stink mein Esel gewesen war, den jetzt Mastapha im nächsten Winkel mit einem Bündel heimischen Krees beholte, meinen Sorgen ließ er nicht davon, die in Schraubca mit aufgefressen waren und jetzt breit auf zwei von Meiers Stühlen Platz nahmen. Auf dem vierten sah schon ein kleiner bleicher Mann, unpassend schwarz gekleidet, der sich für die seinen auch einen Stuhl hätte brauchen können. Es mochte ein Missionar sein, der vielleicht seit Wochen nichts zu bekehren gefunden hatte, oder dem sein einziger Schritt rückfällig geworden war. Das ging ihm ohne Zweifel so Herzen. Er spa trant aus, trant und lebte.

Ich hatte eigentlich kein Recht, mich zu beklagen. Wie eine echt orientalische Schicksalsfügung und dem Anhang eines Märchens aus Taufendundeine Nacht ähnelnd war mir vor dreierlei Jahren meine Stellung als „Volksmagd“, als erster Ingenieur Hakim Paschas, in den Schöb gefallen. Das Märchen hatte rasch greifbare Gestalt angenommen, und ich begann zu ahnen, woqu ich in der Welt war, wenigstens in dieser Welt. Der übergroße Grundbesitz meines Paschas, die noch größeren Pläne und Projekte in seinem kleinen regen Kopfe hatten aller ägyptischen Krümmerei, die mir von Deutschland her noch anhaften mochte, ein rasches Ende gemacht. Ich wußte fast im Eckeln des Obelisks von Helopolis und dachte an nichts andres, als morgen meinen zweiten Dampfpuß probeweise um denselben herumspüßen zu lassen. Aus der alleherwürdigen Sonnenstadt waren hundert Helfer erträgliches Baumwollbodens gestorben, und der geheiligte Baum der Jungfrau Maria, der etwas ungeschickt für die Handhabung der Drahtseile fast mitten drin stand, machte mir aus diesem und keinem andern Grunde erjüllige Bedenken.

(Fortsetzung folgt.)

Der Bericht ging mir auf völlig einwandfreie Weise zu. Er ist abgegangen vom 14. Okt., datiert vom 1. November 1917 und hat den Vermerk „Geheim“. Gerichtet ist das Schreiben an das Kgl. Kriegsministerium in Berlin. Darin wird unter Verweisung auf ein Schreiben vom 23. Oktober mitgeteilt, daß nach Bestellungen aus Wiesloch und Freiburg erachtet wurde, daß die gesamte der Zentrumpartei zur Verfügung stehende Organisation (Geistliche) die Stimmung des deutschen Volkes beeinflussen. In Freiburg habe die gewünschte Aufklärung festgestellt, daß

Abg. Dr. Wirth

„dieses M. d. R.“, an Stammtischen erklärt habe, 100 000 mühten im Winter 1917/18 Hungers sterben und die Prophezeiungen über den unbeschränkten U-Boottkrieg würden ständig prognostiziert. In Wiesloch wurde ausgeführt, Erzberger habe mitgeteilt, daß sich Weismann-Gallweg bei der Berechnung der englischen Verluste durch unsere U-Boote geirrt habe. Damit, so erklärt der Geheimbericht, sei der landesverräterische Charakter dieses Geheimes aufgedeckt. Unterzeichnet ist das Schreiben: Der Chef des Stabes, gez. A. H. Oberst. (Zwischenruf im Zentrum: Gemeinheit!)

Diese Materialien stammen, so erklärt Abg. Köhler, von einem Spitzelium, das zum Teil heute noch vorhanden ist. (Abg. Dr. Schäfer: Hört, hört!) Ich habe mit Recht gegen diese ungeheure Verleumdung protestiert. Ich habe mich gekümmert, daß solches im vierten Kriegsjahre noch möglich war. Sollen wir ruhig bleiben, wenn wir hören, daß im vierten Kriegsjahre Dr. Wirth und Freudenberg unter polizeilicher Bewachung standen? (Abg. Seubert (Ztr.): Auch Abg. Dr. Jeschke!) Eine Veröffentlichung dieser Berichte war für mich nötig. Denn wir mußten uns gegen diese Vorwürfe wenden. In einer Situation wie der jetzigen half nur eines. Den Verleumdungen die Maske vom Gesicht reißen. Wir wollen niemand an Glauben hochziehen (Abg. Dr. Fähr: Ztr.). Würde nicht schaden. — Abg. Vater-Geibelberger (Soz.) darauf: Hört, hört! Die Zentrumpartei hat Anspruch darauf, sich nicht durch Geheimberichte verleumdend zu lassen. Wir von Generälen und Hauptleuten lassen wir uns unter diese Erde nicht nehmen.

Abg. Marum (Soz.): Wir billigen die Antwort des Staatspräsidenten. Die Regierung trägt keine Verantwortung für die Ausfertigung eines Regierungsmitgliedes. Denn der Minister hat auch die Rechte des Abgeordneten. Die deutsche nationale Fraktion hat wieder, wie immer auch nach einem politischen Wende jetzt wieder, für Ueberwindung der Gegensätze gesprochen. Die Rechte wird ständig Steinwürfe gegen das jetzige System; während jedoch nicht, daß gegen das alte System Steinwürfe geworden werden. Das ist nicht angängig. Ich bedaure nur, daß die Partei des Abg. Köhler erst so spät die Fehler des alten Systems erkannte. Die Zentrumpartei teilt hier nur das Schicksal unserer Partei. Ich erinnere an Scheibemann. Es muß heute für jedermann eine Ehre sein, während des Krieges vom stellv. Generalkommando überwachet worden zu sein. Es sind jedoch mildernde Umstände vorhanden, nämlich ein überaus großes Maß von politischer Dummheit. (Geisterl.) Dazu kam noch die Verdrängung der alten Gen. Es ist gut, daß auf diese Weise das Volk sieht, welche Kasse es einst regierte. Nicht der Diktator, runterle das deutsche Volk, sondern dieses militärische System. Und wir wollen verhindern, daß jemals wieder diese Herren in den Sattel kommen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Weber (Ab. V.): Wir haben jetzt Gewißheit, daß dieser Geheimbericht existiert. Ich will nicht auf die Stimmung von 1917 zurückgreifen, die diese Vorgänge erklärlich machen. Der Minister hat recht, wenn er gewisse Bedenken gegen die Veröffentlichung dieser Geheimnisse vertritt. Etwas mehr persönliche Zurückhaltung wäre deshalb in solchem Falle angebracht.

Abg. Freudenberg (Dein.) bedauert, daß in der schwersten Zeit des Reiches solche unobjektiven Berichte gegeben wurden.

Abg. Schmidt-Weiden (D. V.) erklärt, daß die Korruption der Geistlichkeit nicht aufreife. Was der Finanzminister vorbringt, verurteilt er. Doch lassen wir uns das alte Heer nicht befehlen. Der Volkstrost der Heimat ist keine Legende.

Abg. v. Müller (D. V.) findet es bedauerlich, daß noch so vielen Jahren solche Feststellungen gemacht werden müssen. Man muß den Bericht aus der Stimmung von 1917 beurteilen. Damals waren weitere Kreise anders eingestellt.

Abg. Dr. Schäfer (Ztr.) meint, daß die Herren, die die Interpellation eingebracht haben, sie nach Entwicklung der Dinge wohl nicht mehr einbringen würden. Wir wollten nicht den konfessionellen Frieden treffen, sondern das System, das früher herrschte. Es gibt manche, die das Zentrum wieder zu Staatsorganen zweiter Klasse machen.

Am Schlußwort erklärte Abg. Dr. Mauer-Karlsruhe (D. V.), daß er das Urteil des Berichtes über die Geistlichen im Krieges nicht billige. Herr Abg. Marum rede wie ein Mann, dem die Gegenwart gehört. Die Zukunft wird Ihnen nicht gehören. Wir werden alles dazu tun. Düringer ist bis zur Stunde unser Parteichef. Anders ist mir nicht bekannt. An der Reichstagsrede von Lazille habe ich nichts zu misbilligen. Wir werden jetzt die Sache der Reichsregierung durch den Reichstag vorlegen.

Staatspräsident Hummel erklärt, wenn die Interpellation durch die Regierungsmittelung nicht auf ihre Richtung kamen, so sei der Zweck eben verfehlt. Die Regierung verlangt prinzipiell von der Reichsregierung keine Akten. Die Sache gehört vor den Reichstag.

Abg. Dr. Mauer-Karlsruhe (D. V.) erklärt, daß er die Akten gesehen habe, in denen die Reichsregierung es ablehnte, die Geheimnismittelungen nach Karlsruhe zu geben.

Staatspräsident Dr. Hummel: Wir ist nicht davon bekannt. Abg. Köhler (Ztr.): Auf wiederholtes Verlangen des Generals Hildebrandt verlangte ich den Akt von Berlin. Die Reichsregierung lehnte es jedoch ab. Dem Reichstag wird er sicher anstandslos vorgelegt. Dabei wird sich sicherlich ein ganzes Bündel solcher Akten zeigen.

Staatspräsident Hummel: Mir war davon nichts bekannt.

Annahme von Gesekentwürfen
Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden verschiedene Gesekentwürfe erledigt. Die Umwandlung der Staatsbrauerei Reihaus in eine Aktiengesellschaft, deren Aktien sämtlich der Staat übernimmt, und bei deren Veräußerung die Genehmigung des Landtags erforderlich ist, wird in beiden Besungen einstimmig angenommen.

Alsdann kam der Gesekentwurf über Änderungen im Grundbuchausführungsgesetz, Rechtsvollziehungsgesetz und über die wahlberechtigten Bezirke der Notare zur Erledigung.

Nächste Sitzung: Dienstag früh 8 Uhr. Tagesordnung: Gesekentwürfe und Anfragen.

Sozialdemokratische Forderungen für die Beamtenchaft
Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat folgenden Antrag eingebracht:

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, im nächsten Landtag zum Staatsvoranschlag 1922/23 folgende Maßnahmsforderungen anzunehmen:

1. Die planmäßigen Stellen der Beamten der bad. Staatsverwaltungen sind so zu vermehren, daß sämtliche außerplanmäßigen Beamten mit mehr als 7 Dienstjahren im Laufe des Budgetjahres zur planmäßigen Anstellung gelangen. 2. Für die handwerksmäßig vorgebildeten Beamten, wie Mechaniker, Uni-

versitäts- und sonstigen Werkmeister, Laboranten usw. sind so viele Beförderungstellen anzufordern, um den berechtigten, von der Regierung bereits anerkannten Wünschen und Forderungen ihrer betr. Organisationen entsprechen zu können. 3. Für die übrigen geprüften Beamten in eine neue Ueberprüfung der Forderungen ihrer Organisationen auf Aenderung ihrer Einreihung in die Befolgsordnung einzutreten und etwaigen berechtigten Forderungen durch Einstellung von entsprechenden Beförderungstellen nachzukommen.

Das alte System am Pranger

Zur geistigen Landtagsfraktion

Allmählich öffnen sich die Archive über die Regierungsmethoden des alten Systems. Sie bringen das, was man vom militärischen System erwarten mußte: Beihilfung der Volksführer, Täuschung der Volksmassen. Die Veröffentlichung des badischen Finanzministers Abg. Köhler über die Geheimnisse des Generalkommandos des 14. Okt., die Gegenstand der geistigen Landtagsverhandlungen waren — vgl. den Landtagsbericht — zeigen das alte System in völliger Nacktheit. Wir lassen deshalb nachstehend den vom Abg. Köhler bekanntgegebenen Geheimbericht des Karlsruher Generalkommandos an das Kriegsministerium abdrucken:

XIV. Armee-Korps
Stellvertretendes Generalkommando
IV. e — Wweber — Nr. 50 153
Nr. 6593/17 g. A. 1.

Karlsruhe, 1. November 1917.
Sehe! Dem Königl. Kriegsministerium A. I. Berlin.

Die im Schreiben vom 23. Oktober ds. Jrs. IV. e. — Wweber — 47 482 mitgeteilten Feststellungen, daß die gesamte der Zentrumpartei zur Verfügung stehende Organisation (Geistliche) die Stimmung des deutschen Volkes beeinflussen, sind durch weitere Umstände lediglich bestätigt worden. In völlig auseinander liegenden Bezirken, wie Wiesloch und Freiburg, sind die Beweise dafür einwandfrei erbracht.

In Freiburg hat die gewünschte Aufklärung im Falle Wirth ergeben, daß dieses M. d. R. ungeheuer und fortgesetzt in aller Öffentlichkeit, insbesondere an den in Freiburg für die Stimmung sehr einflussreichen Stammtischen, folgendes wörtlich erklärte: „Dundertausende werden diesen Winter Hungers sterben. Von antiker Stelle sind Schriften an das Heer geschickt, in denen direkt gelogen wird. Die Befehle des Admiralsstabes hinsichtlich des Enderfolges der U-Boote werden von halbjähr zu halbjähr verlängert; da reißt einem die Geduld.“ Als Hauptargument folgt stets der schon hervorgehobene Entbruch: „Wenn wir nicht durch.“

Wie stark in Freiburg allein dieser verderbliche Einfluß wirkt, beweist das Gespräch des dortigen Oberbürgermeisters, der im Beamtentrafik sagte, „Erfolg-Vorbringen müße als internationaler Kuffertakt erachtet werden. Im Wieslocher Bezirk ist diese Stimmung in der Geistlichen-Organisation der Zentrumpartei sogar durch einen Herrn Kraus oder Kraus vom Kriegespremiat mit dergleichen Argumenten verbreitet, welcher hierbei wörtlich ausgeführt hat: „Erzberger habe auf Grund von Mitteilungen Holländischer Necker dem Reichsanstalt von Weismann-Gallweg nachgegeben, daß er sich bei den Berechnungen über die Verluste des U-Boottkrieges um 20 Millionen englische Tonnage geirrt habe. Erzberger habe sich bei den Berechnungen über die Verluste des U-Boottkrieges um 20 Millionen englische Tonnage geirrt habe. Erzberger habe sich bei den Berechnungen über die Verluste des U-Boottkrieges um 20 Millionen englische Tonnage geirrt habe.“

Die Wirkung dieser Äußerung zeigte sich in diesem Bezirke auch darin, daß ein Geflüchteter erklärte: „Er habe den Mut nicht mehr, für die Kriegesanktionen zu sprechen, denn das würde der Religion schaden.“

Die Organisation dieser Flummaden ist im Falle von kirchlichen Sinn dieser Leute getragen, allmächtig durch den Nimbus Erzbergers. Ihre Arbeit vollzieht sich in der Dunkelheit, kaum in öffentlichen Versammlungen und ist deshalb für das Generalkommando unmittelbar nicht zu fassen.

Auch die Aufklärungsarbeit nur eines Korpsbezirks kann, so unabhängig sie dieser Gefahr entgegenwirkt, Erfolg kaum haben. Nur von der Zentrale und im ganzen deutschen Reich kann dieser ungeheuren Schädigung begegnet werden. Es dürfte dabei aber d. E. nicht daran vorbeigegangen werden, die unheimliche Geheimesheit dieser Organisation zu kennzeichnen und ihren objektiv landesgefährlichen Charakter klar aufzuzeigen. Insbesondere ist der Hinweis darauf erforderlich, daß dieses Gebahren jeder sachlichen Untersuchung entzogen und lediglich in die Hände der Partei überlassen ist, die die Verleumdung der Partei zum Zweck hat.

Von Seiten des Stellv. Generalkommandos
Der Chef des Stabes
gez. A. H. Oberst.

So sah also die Regierungsmethode des militärischen Regimes aus. Statt Vertrauen zum Volk, Beihilfung seiner Führer, statt Ausprechen der Wahrheit über die Kriegslage Lüge und Täuschung. Statt Ueberzeugung weislicher Männer in die Regierung Brandmarkung jener Volksführer, die Verstand und Klugheit genug besaßen, die Lüge zu durchschauen und der Wahrheit über Deutschlands Lage ins Gesicht zu sehen. Die Deutschnationalen nennen dies Dolchstoßlegende. Das wahrhaft nationalgeimne Volk dagegen rechnet es mit Recht den ehemaligen Herren Deutschlands als ihre größte Schuld und als Verbrechen an, daß sie aus Mochgier die wirklichen Volksführer von der Staatsleitung fern hielten (ja, wie man sieht, als „Verräter“ betrachteten), bis es zu spät war, so daß ihnen nichts anderes übrig blieb, als den militärischerleits erzeugten Donners des einstigen Reiches zu übernehmen.

Badische Politik

Aus dem Landtag

Der Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung hat am Donnerstag vormittag eine Reihe von Tagesordnungspunkten erledigt. — Der Antrag der Deutschnationalen, die Desu-mentalarbeiten Kurt Gliners und Anspachs betr., kam nicht zur Beratung, weil das Material noch nicht völlig vorgelegt werden konnte. — Ein Antrag Siegelmaier u. Gen., der im Bürgerrechtsgesetz eine Aenderung dahin wollte, daß Bürgerwitwen, welche außer dem Orte auf längere oder kürzere Zeit in Dienste treten, oder mangels ausreichendem Unterhalt gezwungen sind, den Ort zu verlassen, den Bürgerrechten nicht verlieren sollen, wurde der Regierung als Material übergeben. — Die deutsche Volkspartei hat anlässlich des Rathenunwandes beim Landtag den Antrag gestellt, dahin zu wirken, daß durch eine Aenderung des Reichsgesetzes die Entschädigung bei Umkuldungen ohne Rücksicht auf die Vermögenslage des Geschädigten bezahlt wird.

Sämtliche bürgerlichen Parteien unterstützten den Antrag. Die Sozialdemokraten erklärten sich dagegen. In Baden seien gegenüber anderen Ländern keine Ereignisse eingetreten, die einen solchen Antrag rechtfertigten. Selbst der Berichterstatter habe feststellen müssen, daß die Antragsteller zu ihrer Begründung keinen einzigen Fall anzuführen wissen. Die sozialdemokratischen Vertreter erklärten noch, daß man Rücksicht auf die Reichs- und Staatsfinanzen nehmen müsse, und daß hoffentlich für die abgehängten Hoflieferantenschilder keine Entschädigung verlangt werde. — Der Antrag der deutschen Volkspartei wurde trotzdem mit allen bürgerlichen Stimmen angenommen. — Das Ministerium des Innern hat an den Landtag eine Anfrage wegen der Kartoffelversorgung gerichtet. Berichterstatter Abg. Schön wies darauf hin, daß die Reichsregierung den genossenschaftlichen Verbänden vorzuschlagen einen Betrag von 400 Millionen Mark zwecks ausreichender Versorgung mit Kartoffeln zur Verfügung stellte. Nichtpreise seien nicht zweckmäßig. Von sozialdemokratischer Seite wurde betont, daß Arbeiter, Angestellte und Beamte im Späthjahr nicht in der Lage sein werden, die Beträge für die einzulagernden Kartoffeln aufzubringen. In dieser Hinsicht müßten Vorbereitungen getroffen werden. Wenn eine völlige Verwirklichung nicht durchgeführt werden könnte, sind Nichtpreise ohne Wirkung. Das Ministerium des Innern möge die besondere Aufmerksamkeit auf die Preise für Frühkartoffeln lenken, umfomehr als unzureichendes Material auf den Markt kommt. — Es wurde beschlossen, einen entsprechenden Antrag an den Landtag zu richten. — Abg. Nidert berichtet noch über ein Gesuch des Gemeinderats Gradbeuren wegen Erstellung des Ringgautaufwerktes. Da der Antrag des Gemeinderats in den Verwaltungsinstanzen noch nicht zur Verabreichung kam, beschloß der Ausschuss Uebergang zur Tagesordnung.

Geldbeschaffung für Wohnungsbauten

Wie uns zuverlässig mitgeteilt wird, stehen die meisten Städte und größeren Gemeinden vor Schwierigkeiten in der Geldbeschaffung für die Wohnungsbauten. Anhebenmittel in großem Umfang sind bei der gegenwärtigen Geldknappheit nicht zu erhalten. In manchen Orten steht deshalb die Einstellung der Bauten, trotz der ungeheuerlichen Wohnungsnot, unmittelbar bevor, wenn nicht rasche Hilfe kommt.

Die Hilfe kann den Gemeinden nur vom Staat kommen. Zunächst muß der Staat den Gemeinden Zuschüsse geben und dann sollte der Landtag, dem einstimmigen Antrage der Städte entsprechend, die Wohnabgabe sofort auf einen Land bringen, der die Weiterführung der Bauten ermöglicht. Leider ist der Reichstag auseinander gegangen, ohne durch ein Reichsgesetz die Sache einheitlich zu regeln. Das Reichsarbeitsministerium hat wohl bestimmt, daß Land und Gemeinden ihre Zuschüsse für die Wohnung verdoppeln müssen, ohne aber zu fragen, woher das Geld kommt. Wie wir hören, will das Arbeitsministerium dem Landtag noch in dieser Woche einen entsprechenden Gesekentwurf vorlegen. Die Länder sind berechtigt, die Wohnabgabe zu erhöhen, ohne Rücksicht auf die vom Reich festgesetzten Mindestsätze. Landtag und Regierung würden eine schwere Verantwortung auf sich laden, wenn sie nicht von diesem Recht Gebrauch machen würden. Allerdings haben auch die Städte und Gemeinverbände für sich allein das Recht zum Vorgehen. Aber schon mit Rücksicht auf die Lohn- und Gehaltsverhältnisse ist es nicht wünschenswert, daß jede Stadt die Frage für sich allein löst. Es würde auch in den Bürgerauschüssen, wo die Vertretung der Einzelinteressen noch mehr im Vordergrund steht als in einem Landesparlament, schwer sein, die Vorlagen durchzuführen und es würde heftige Kämpfe absehen. Noch schwieriger ist das Vorgehen in den Wohnungsverbänden. Deshalb geht der dringende Ruf an den Landtag, den Städten und Gemeinden zu helfen.

Die Bekämpfung einer Reichsflagge in Donaueschingen. Am Abend des 9. Juni d. J. haben einige Heidelberger Studenten zu Donaueschingen an einer Ehrenparade eine Reichsflagge weggerissen und verbrannt. Das alsbald eingeleitete Ermittlungsverfahren ist inzwischen an den Oberreichsanwalt abgegeben worden, da nach der Verordnung vom 28. Juni d. J. der Staatsgerichtshof zur Aburteilung der Täter zuständig geworden ist.

Kleine badische Chronik

- * Durmersheim, 23. Juli. Vom Blitz erschlagen wurde am Samstag der Landwirt David Sed während er auf dem Felde Rüben pflanzte.
- * Pforzheim, 24. Juli. Erdbebt. In Cutigen ist beim Legen von Wasserleitungsrohren für die neue Leitung der Stadt Pforzheim der 23 Jahre alte Otto Aichele von Romersheim erdrückt worden.
- * Heidelberg, 24. Juli. Wegen Aindstötung ist eine heftige Konfrontation von der Polizei festgenommen worden. — Selbstmord durch Gefährden beging in einem Anfall von Schwermut ein lediger Schloffer von Bieblingen.
- * Rahr. Schweinemarkt. Dem Schweinemarkt am 22. ds. Wts. waren 156 Ferkel zugeführt, von denen die gangbarsten Sorten zu 1000 M das Stück verkauft wurden. Der Geschäftsgang war flau, etwa ein Drittel der Zufuhr wurde nicht abgesetzt.
- * Schopfheim, 22. Juli. Einen empfindlichen Verlust erlitt gestern der hiesige Demgthaler. Beim Folgladen im städtischen Wald rief sich ein Hengst vom Wagen los und stürzte mit dem Geschirr davon. An der Reichenbrücke gelang es dem Durschbrinner nicht, die Kurve zu nehmen und so sprang er über das Gelande in das Flußbett, wobei er sich übergeh. Das Pferd, das mindestens 80000 M Wert hat, mußte sofort getötet werden.
- * Konstanz. Unglücksfall. Lehten Samstag wurde einem Bahnarbeiter am hiesigen Bahnhof der Fuß am Knöchel abgefahren.

Strasensraubversuch. In der Nacht zum 23. Juli, etwa um 11 1/2 Uhr, wurde auf der Landstraße zwischen Detigheim und Hattatt, in der Nähe der Eisenbahnunterführung, ein in Kaschatt wohnhafter, von Detigheim zurückkehrender, beiseitelter Zimmermann von zwei unbekanntem Männern überfallen, vermurdet und in der Wucht, ihn seines Geldes zu berauben. Einer der Täter hat, offenbar mit einem Messer, mehrere Stiche dem Angegriffenen versetzt, wobei aber nur die Kleidungsstücke durchschritten wurden und der Angegriffene keinen weiteren Schaden erlitt. Der Angegriffene setzte sich heftig zur Wehr, was einen der Täter in den Straßengraben, schlug mit den Fäusten auf ihn ein, währenddem der andere Täter anscheinend die Flucht ergriffen hat. Es wäre möglich, daß der vom Angegriffenen gesahene Täter Spuren von den Faustschlägen im Gesicht davon getragen hat. Die Täter sind etwa von mittlerer Größe, nähere Beschreibung konnte aber infolge der herrschenden Dunkelheit nicht abgegeben werden.

Arbeiter-Turnen und Arbeiter-Sport

Erstes Deutsches Arbeiter-Turn- und -Sportfest, Leipzig

vom 22. bis 25. Juli 1922.
(Offizieller Festbericht.)

Der 1. Tag wurde um 6 Uhr mit der Kampffeier eingeleitet, die auf dem mächtigen Turmplatz begann. Um 8 Uhr eröffnete der Bundesvorsitzende Gellert die Bundesausstellung, die auf jeden Besucher einen tiefen Eindruck macht. In der hohen, luftigen, hellen Mittelhalle des Österreichischen Hauses steht sich der weichen Rücken im schwarzen Grund das offizielle Bundesfestplakat, ein Turner mit der geschwungenen Bundesfahne, plastisch herausgearbeitet, ab. An den Längsseiten sind je 5 Kisten, rot ausgekleidet, aufgedruckt, die in übersichtlicher Weise die Entstehung, Entwicklung und Bekämpfung des Bundes zeigen. In schöner graphischer Darstellung erhalten die Besucher der Ausstellung einen anschaulichen Unterricht über die jetzige Stärke des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Seltene Erzeugnisse der Turnliteratur, kostbare Handschriften und ältere Werke über die Leibesübungen sind unter Glas und Rahmen ausgestellt. Aus der ersten, vier Seiten starken Nummer der Turnzeitung, die 1893 noch auf einer Tiegeldruckpresse gedruckt wurde, haben sich heute 6 Zeitungen für die verschiedenen Sparten des Bundes entwickelt, die zusammen über 150 000 Leser haben. Auch die Bundesfahne in Leipzig, die aus bestehenden Anfängen heraus entstanden ist, zeigt durch Ausstellung, wie mächtig sie sich ausgebildet hat. Bei dem Besuchen der gezeigten Muster-Turn- und Spielplätze, sowie der Badeanlagen, lacht jedem Freund der Leibesübungen das Herz im Leibe. Das Bundesgeschäft, das größte Spezialhaus Deutschlands für Turn-, Sport- und Wandersportartikel, bringt in seiner Ausstellung dem Besucher in klarer Deutlichkeit die ungeheure Größe des Geschäftes zum Ausdruck.

Bei der Kranzniederlegung an den Urnen der verstorbenen früheren Bundesvorsitzenden Garnisch, sowie der im Kriege gefallenen Bundesvorsitzenden Dittich und Padanus betonte der Bundesvorsitzende Gellert, daß die ernste schmerzliche Stunde nicht der Person gewidmet sei, sondern allen denen, die mit dem Bund gelebt, gekämpft, gestritten und gelitten haben, denen es leider nicht mehr vergönnt sei, einen der bedeutendsten Abschnitte in der Bundesgeschichte zu erleben. Seine Worte klangen in dankbarer Erinnerung an die Dahingegangenen aus.

Am 4 Uhr nachmittags fand die offizielle Eröffnung im Zoologischen Garten statt. Im Vordergrund der Bühne walle ein rotes Wappentuch, und in der Mitte hing die stolze Fahne des Bundes. An den Kopfseiten waren die Landesflaggen der das Fest besuchenden Nationen feierlich zusammengestellt. Der Saal selbst war dichtgefüllt von den Vertretern der einzelnen Vereine und vorn hatten die geladenen Gäste Platz genommen. Eingeleitet wurde die Feier durch das Vorspiel der Meisterlieder von Mühlberg. Im Anschluß daran brachte der Volkschor Leipzig-Tomburg zwei Chorlieder zum Vortrag und anschließend daran die Internationale. Danach betrat Genosse Gellert das Podium zu der Begrüßungsansprache.

Meine Damen und Herren, geschätzte Vertreter der Regierungen und der Stadt Leipzig, Bundesgenossinnen und -genossen! Ich heiße Sie alle herzlich willkommen und grüße Sie mit frei heil. Arbeiter-Turnen und -Sportfestern zum 1. Male ihr Bundesfest, und zeigen, welche Macht sie sind. Dies zu betonen, darauf lege ich ganz besonderen Wert, weil auch heute noch von den verschiedensten Stellen aus so manches Mal gesagt wird, daß man von der Existenz eines Arbeiter-Turn- und Sportbundes nichts wüßte oder anderorts, daß man von ihnen nichts lernen könnte. Dieses ist bei der Bewilligung von Beihilfen anlässlich unserer Festes wieder einmal stark in Erscheinung getreten. Wir sind heute eine Organisation, deren Mitgliederzahl eine Million beträgt, und wir feiern unser Bundesfest nicht nur, um unsere Größe zu zeigen, sondern auch den Inhalt unserer Bewegung darzustellen. Ich glaube beifriedigend sagen zu können, daß dies gelungen ist. Unsere Bewegung ist nicht aufgebracht auf die Idee der Erklarung, der Kraft des Einzelnen, sondern auf die Befestigung unserer Volksgemeinschaft; getreu dem Worte: dem Werte gilt, wenn wir zu spielen scheinen — dann auch allen, die ihr mitgeholfen haben, an der Organisation des 1. Deutschen Arbeiter-Turn- und Sportfestes. Damit haben wir uns so tatkräftig unterstützt, daß das Vereinstellen von Vätern und so tatkräftig unterstützt hat. Dank auch denjenigen Regierungsverordnungen, die uns in mancherlei Weise geholfen haben. Dank auch dem Verkehrsministerium, das die Aushängung unserer Plakate auf den Bahnhöfen nicht zuließ. Dank auch der Eisenbahndirektion Halle, die das Ausstellen der Ertragsgüter verbietet. Auf Grund unserer energischen Gegenwehr wurde das Verbot wieder aufgehoben. Wer getreu auf dem Bahnhofs weilt, und die Ankunft der Sonderzüge mit erlebt, der hat ein Bild gesehen, voller Anbrunn und Herzgenossen. Unter unsern Bundesmitgliedern sind 15 000 ausländische Genossen und Genossinnen, von denen uns keine Landesgrenze scheidet, zum Feste geeilt. Der Gedanke der einigenden Arbeiterportbewegung ist es, der uns brüderlich zusammenschließt. Möge unser Fest mit dazu beitragen, daß in Zukunft Völkermorden, wie erlebt, zur Unmöglichkeit wird. Wir sehen heute vor uns ein Fundament, das stolz und prächtig dasteht. Möge unser Fest dazu beitragen, daß die uns noch fernstehenden Arbeitsbrüder erkennen, daß nur bei uns die Stätte ist, wo die Pflege der Leibesübungen wahrhaftig getrieben wird. In diesem Geiste begrüße ich das Bundesfest und wünsche ihm einen glücklichen Verlauf. Möge die Parole für den Kampf der zukünftigen Tage lauten: **Vorwärts und aufwärts.**

Dann sprach Staatssekretär Heinrich Schulz als Vertreter des Reichsministeriums des Innern. Er wies auf die Gegensätze hin, die zwischen der alten militärischen Ausbildung und zwischen dem Sport unserer Tage bestehen. Als grundsätzliche Verwirklichung betonte er, daß die Vertreter des Volkssports sich aus freier Entscheidung dem edlen Werke der körperlichen Befestigung widmen, daß ihr Zweck nicht sei, eine neue Waffe zu schaffen für imperialistische Streiftätigkeiten. Daß gerade im Wesen ihrer Bewegung diese beiden Grundzüge lauern, das ist mir die beste Bezeugung dafür, daß Sie gewillt sind, unter noch so junger Republik zu stehen. Das Reich hat leider nicht allzuviel infolge seiner Armut für diese edle Sache tun können, aber dennoch sind Erfolge versprechende Ansätze gemacht. Lassen Sie mir Ihnen die Versicherung geben, daß wir gewillt sind, weiter zu helfen, und arbeiten Sie in Zukunft gut mit uns zusammen. Am Namen der Stadt Leipzig begrüßte Oberbürgermeister

Rath das Bundesfest. Für das Gewerkschaftsartell Leipzig sprach Genosse Schilling. Als Vertreter der Arbeiterportbewegung sprach der Sekretär G. Bridoux. Würfel. Ebenso begrüßte noch das Wort zur Begrüßung der Vorsitzende des Bundesverbandes der Tischschloßler, weiter Gen. Müller. Auch für die deutschen Arbeiterturner der Tischschloßler. Ebenso sprachen noch ein Vertreter der französischen und noch ein Mitglied der Arbeiterportbewegung. Alle ausländischen Genossen betonten den Wert der internationalen Zusammenarbeit. Gellert dankte für die warmen Worte der Begrüßung und bedauerte, daß es nicht möglich war, die übrigen Vertreter der 15 Nationen zu hören. Allen tief er das Wort zu: hinaus an die Arbeit und eröffnete damit gleichzeitig das 1. Deutsche Arbeiter-Turn- und Sportfest.

Turnen und Sport

Der Arbeiter-Sport am Sonntag

V.C. Union — A.S.B. Durlach 1. Mannsch. 1:2; 2. Mannsch. 1:1; 3. Mannsch. 3:2.

Die ersten Mannschaften führten heiderseits ein äußerst scharfes Spiel vor. Durlach setzte eine körperlich starke Mannschaft, die, was das Zusammenspiel anbelangt, sehr gut ist. Union, die eine sehr junge Mannschaft stellte, mußte durch das Ausschneiden ihres Halbtenters bei Halbzeit 10 Minuten vor Schluß durch ein schön geschossenes Tor von Durlach den Sieg an dieselbe abgeben.

Etwas Heiteres von der Deutschen Turnerschaft

In der „Badischen Turnzeitung“, dem Kreisblatt für den Turnkreis 10 (Baden-Wald) der Deutschen Turnerschaft, beschäftigt sich ein Herr G. mit der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung. Er bespricht dabei folgende Beispielsätze: „Viele der Turner werden am „Werbtag“ des Arbeiter-Turn- und Sportfestes“ in Daulen gelesen haben, das dieselbst stattfand. Nun erleben wir es immer wieder und so auch da, daß in der „Bolschewik“ darüber in geschäftiger Weise gegen die Vereine der D. T. berichtet wird, sie als kapitalistisch, als chauvinistisch, als reaktionär hingestellt werden! Die Gumpfpflanze politisches und konfessionelles Turnen und Sport kann ja bekanntlich nur in Deutschland gedeihen, nur die dummen Deutschen verstehen sich. So ist es in der Politik, Konfessionen, Kassen, Klassen und Turnvereinen und überall, wo Turnen und Sport als politisch und konfessionelle Kennung ist schon der Gipfel der Dummheit und Barbarie, welche Früchte dieses törichte Einschachtelnsystem gebracht hat! Nehmen wir nun einmal den Begriff „Proletarier“ und zerpfücken ihn! Auf der ganzen zivilisierten Welt gilt das Wort, als das niederste, als der Begriff des Dreck- und Schmutzfinken, der nichts will, kein Ziel hat, nichts kann als immer nur auf sich selbst gehärdet und der dem organisierten Arbeiter in den Rücken fällt, wo er nur kann. Das ist der Begriff des P. in der ganzen englischen Welt und insonderheit in U.S.A. In Deutschland wird er schamlos als Ehrentitel für den Arbeiter, auch den höchsten organisierten angewendet und doch ist der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter kein Proletarier mehr, er der weiß was er will, der ein Ziel hat und der seine Lebensbedingungen weiß durch höchstegebende und gute Arbeitseinstellung zu verbessern und seinen Kindern und Nachkommen ihre Best zu erleichtern.

Unsere Turner wollen Turner sein, Kameraden, die einander beistehen und die sich verteidigen wollen. Turner zuerst, die um des Turnens willen zusammenstehen. Unsere Gegner vom Arbeiter T. u. Sp. Bund wollen zuerst Parteimitglied sein und das Turnen für ihre Partei leisten und ihr ihr Können zeigen, durch ihr Tun der Partei nützen, indem sie die Jugend in deren engbegrenzten Horizont und Parteibildung einschachteln helfen, der Partei die Reihen füllen, das Turnen als Nebenzweck betrachten, immer zuerst fragen, bist du ein gutes Mitglied, fähst du dich als „Proletarier“. — Wir in der D. T. schreiben unseren Mitgliedern nichts dergleichen vor, wir wollen keine Politik, keine Parteimitgliedschaft, wir wollen ganze denkende Menschen mit eigenem Urteil und gutem Charakter, und der Einstellung, daß jeder derselben für sein Vaterland, für seinen Volkstamm sorgt und wirkt und schafft!

Und da sind wir in der Differenz mit den politisch organisierten Turnern. Auch der Begriff der Volksgemeinschaft und des Vaterlandes wird von der Parteibildung betrachtet und ganz einseitig beurteilt. Daher die Beschränkung der D. T. als „Proletarier“, als etwas, was dem Vaterlande abträglich ist. Wir D. T. wenden uns an denkende Menschen, nicht an jene, die nur an irgend einem Gängelband zu laufen vermögen, müssen uns aber so nach und nach die Knieeilen und Anrempelungen weidmen, wo jeder politische Noddy glaubt, zum zweiten Frühstück einen Turner aus unsern Reihen freisetzen zu können oder gleichbedeutend damit einen Kapitalisten! Es gehört schon eine gute Portion Bosheit, ein Demagogentum sondergleichen dazu, auf diese Weise Volkserziehung zu treiben, absichtlich noch mehr zu entzweigen, als auf milderer Linie Verwundung zu suchen.

Daß dem Mann, der solchen Kameradschaft vorgibt und sich in der Geschichte der D. T. so fälschlich aufstellt, noch zu helfen ist, wird niemand behaupten wollen. Als patriotisch wurde die D. T. nie beschimpft, sondern als Kurkapatrioten, weil sie bei jeder bestehenden Gelegenheit ihren Großherzog, König und Kaiser angebot und antelegraphiert hatten. Aber heute will man nichts mehr von dem wissen, wie auch von den Ausführenden organisierten Arbeiter aus der D. T. Man schämt sich seiner eigenen Taten.

Das Arbeiterportartell Weinarten beabsichtigt den vom Reichsarbeiterturnfest in Leipzig zurückkommenden Mitgliedern des Arbeiterturnvereins einen festlichen Empfang zu bereiten. Dazu werden sich alle dem Kartell angeschlossenen Vereine beteiligen. Der Festzug, der die Turner zur Festhalle geleiten wird, soll in anbetragt der Tatsache, daß unser reaktio-

närer Gemeinderat die Bitte des Kartells um Ueberlassung der Kelter als Notturnhalle abschlägig beschieden hat, einen demotivierten Charakter tragen. Man trug seinerzeit keine Bedenken, daß man die Kelter als Notturnhalle einrichtete. Heute aber, wo die Arbeiterchaft den gesundheitlichen Stand des Volkes wieder heben will, verweigert man unter fadenhässlichsten Gründen ihr und der Schule eine Notturnhalle. Das ist eine Herausforderung der Arbeiterchaft. Deshalb gilt es, der Reaktion in Weingarten zu zeigen, daß die Arbeiterchaft nicht gewillt ist sich ungeachtet herausfordern zu lassen. An die Kartellmitglieder der Kelter, die die Aufforderung, anlässlich der Erhebung unserer Turner nicht zu Hause zu bleiben, sondern in Massen zu erscheinen und mit der der Arbeiterchaft eigenen Disziplin und Würde zu demonstrieren. Angabe über den Zeitpunkt erfolgt noch.

Jugend

Wochenprogramme der Arbeiter-Jugend

- Karlsruhe**
Dienstag, 25. Juli, abends 8 Uhr: Gründungsversammlung des Jugendkartells Karlsruhe. Handarbeitsaal der Gabelschule, Kreuzstraße.
Donnerstag, 27. Juli, abends 8 Uhr, Monatsversammlung, Handarbeitsaal der Gabelschule. Ab 1/2 Uhr Bücherausgabe.
Sonntag, 30. Juli, Nachmittags 1/2 Uhr: Spielen auf dem Turnplatz der freien Turner.
- Daglanden**
Sonntag, 30. Juli: Wanderung nach dem Tirolerbrunnen. Treffpunkt 1/2 Uhr „Karlstrüher Hof“.
Montag, 31. Juli: Zusammenkunft im Lokal.
- Müppur**
Donnerstag, 27. Juli: Vortrag des G. Durfisch.
Sonntag, 30. Juli: Tagesstour nach der Barbarakapelle. Abfahrt 6.30 Uhr mit der Albstadtbahn nach Busenbach.

Durlach

Mittwoch, 26. Juli: Zusammenkunft auf dem Turnplatz der Turngemeinde.

Schach

Beachtet vom Arbeiter-Schachklub Karlsruhe, Einwendungen und Lösungen sind an die Red. des „Volkstreu“ (Schachabteilung) zu richten.
Lokal des Arbeiter-Schach-Klubs: „Salmen“, Ludwigsplatz.
Spielabende: Montag und Freitag abends 1/2 Uhr.

Abgelehntes Wirtstagsamt.

Diese Partie wurde in einem Wettkampf zu Schebeningen im März 1919 gespielt.)

R. Roman	G. v. v. Gelber
1. e2-e4	e7-e6
2. f2-f4	L f8-c6
3. S g1-f3	d7-d6
4. S b1-c3	d7-d6
Auf 4. L c4 ist bekanntlich 4. L e6 ein gute Antwort.	S b8-c6
5. L f1-c4	L c8-g4
6. h2-h3	L g4-f3
7. D d1-f3	L c8-d4
8. D b3-c3	S c4-c2+
Der theoretisch richtige Zug ist hier 8. f6, worauf 9. D f4, D f6 10. D g3 (droht T f1), D g3 11. D g6; hg mit gleichem Spiele folgen kann. Auf 9. D g7; würde Schwarz 9. D f6 erwidern. Falls dann 10. L f7+?, so 10. D 17: 11. D h3; S c2+ 12. K d1, L d4! und Schwarz gewinnt. S c2-c1	g7-g6
9. K e1-d1	D e6-d8
10. f3+e5!	D d8-c7
Das dies zum Verlust führt, wird durch den weiteren Verlauf der Partie deutlich bewiesen. Die einzige Vertiefungsmöglichkeit für Schwarz dürfte 10. S f7 bieten.	S f7-f6
11. T h1-f1
12. L c4+g8!
Beiz spielt den Schlag der Partie energisch und fein.
13.	T h8-g8
14. e5-e6!	T g8-f8
15. S d5-c6+	D d8-c8
16. T f1-f6	T f8-g8
Es drohte 1. g6.	d6-d5
17. e4-d5	D e6-d8
Falls 17. L e7, so 18. T g6: win.	D d8-c7
18. D g3-f3	D d8-c7
Nicht 18. L e7?, wegen 19. T f3+ und Matt im nächsten Zuge. Auf 19. D d6 entscheidet 19. e7.	D e7-d6
19. T f6-f7
20. D f3-f6	Schwarz gibt auf.

Literatur.

Physiologie der Leibesübungen. Von Prof. Dr. K. A. Schmidt. 68. Sanitätsrat in Bonn. 3. Aufl. G. v. 159 S. mit 86 Abbildungen. R. Voigtländer Verlag in Leipzig. Preis kart. 98 M. — Seit dieses Buch zum erstenmal erschien, hat in Deutschland die Pflege der Leibesübungen einen ungeheuren Aufschwung genommen. Diese hat auch den Kreis nicht nur überdauert, sondern befindet sich in weiterer Ausbreitung. Die von dem hervorragenden Chirurgen G. v. v. Schmidt Prof. Dr. Vier kürzlich ins Leben gerufene Deutsche Hochschule für Leibesübungen dient der schönen Aufgabe, den Leibesübungen in Volk und Schule die wissenschaftliche Grundlage zu geben und für deren Betrieb geeignete Führer heranzubilden. Dabei sind die gleichen Grundzüge maßgebend, die Geheimrat Schmidt seit über 30 Jahren in seiner öffentlichen Tätigkeit und in dieser „Physiologie“ vertreten hat. Deren Vorwort schließt: „Unser Volk ist heute in Rot, unter Rammung vielfach gefährdet. Die Pflege wirksamer Leibesübungen steht eben an erster Stelle, wenn es gilt, unserer Jugend Gesundheit, Tüchtigkeit, Frische und Willenskraft zu retten und zu wahren. In großen Zügen suche ich darzustellen, welche Wege gemäß den physiologischen Einwirkungen der Leibesübungen zu Ruh und Frommen des heranwachsenden Geschlechts dabei grundsätzlich einzuschlagen seien.“

Reise- und Sporthaus
Eduard Müller
Kofferfabrik
Waldstr. 45 Karlsruhe i. B. Tel. 2165
Beste und billigste Bezugsquelle
für sämtliche Sport-Geräte 7840

